

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. bei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. Inoffizielle Belegblätter. Einrückungen 10 Rpfr. Alle Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis zum 11. September d. M. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der in jeder Zeit veröffentlichten Nachrichten und die Verantwortlichkeit der Redaktion für die Richtigkeit der in jeder Zeit veröffentlichten Nachrichten übernehme ich allein. — Bei Anträgen und Wunschnachfragen ist jeder Anspruch auf Nachdruck ausgeschlossen.

Anzeigenpreise laut obliegender Preisliste Nr. 5. — Zifferngebühr: 20 Rpfr. — Vorfachdruckem. — Preis für die ersten 100 Exemplare 10 Rpfr. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206 — Bei Anträgen und Wunschnachfragen ist jeder Anspruch auf Nachdruck ausgeschlossen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 222 — 94. Jahrgang — 2. Jahrgang — Wilsdruff-Dresden — Volleheft: Dresden 2640 — Montag, den 23. September 1935

Pariser Heklügen über eine Bedrohung Litauens.

Unverschämte Lügen und dreiste Unterstellungen.

Die Litauer holen jetzt zum letzten Schlag gegen das Deutsche Reich aus. Um von dem Wahlerfolg abzulenken, drehen sie plötzlich den Spieß um und erklären jetzt, nicht Litauen, sondern Deutschland gefährde das Memelland und schaffe einen europäischen Unruheherd. Die französische Presse hat diese unverschämte Taktik sofort aufgegriffen und steigert sich in die wildsten Grenzphantasien hinein, um bei der Gelegenheit Deutschland wieder eins auszuwickeln. In großer Aufmachung besaßen sich die Pariser Blätter plötzlich mit der Memelfrage, „enthalten“ ihren Lesern deutsche „Angriffsabsichten“, nennen phantastische Zahlen über die angeblichen deutschen Truppenzusammenschlüsse an der ostpreussischen Grenze und bekommen es sogar fertig, die Memelfrage mit dem Abessinienkrieg zu verknüpfen. Mit nicht zu übertriebenem Dreistigkeit schreiben sie, Deutschland warte nur auf den Ausbruch des Konflikts, um in das Memelland einzumarschieren. Man läßt froh von „Bedrohung des Memellandes durch die deutsche Flotte und das deutsche Heer“ und ähnlichen Dingen.

Seltener diese sowjetische Taktik, doch für uns nicht überraschend, da wir ja litauische Unverschämtheiten gewöhnt sind. Auffallend und kennzeichnend aber das Einschwenken der französischen Presse in das sowjetische Fahrwasser. Welches Interesse hat Paris daran, die Frechheiten Sowjods noch zu unterstützen? Ist nicht Frankreich eine der Garantemächte, die das Recht im Memelgebiet sichern sollen? Statt dessen stellt sich Frankreichs Presse vor den offenen litauischen Rechtsbruch! Es ist ihr scheinbar kein Mittel zu schlecht, um wieder einmal einen Verleumdungsschlag gegen Deutschland zu beginnen. Wir protestieren ganz energisch dagegen und nageln nur fest, daß Litauen mit Frankreichs Hilfe versucht, das wehrlose Deutschland im Memelland in einer Weise zu vergewaltigen, die ihresgleichen in der Kulturwelt sucht.

Eine verfassungswidrige Wahl.

Zu der Meldung über die Vereinbarung zwischen Laval und Eden, das Memelproblem auf diplomatischem Wege weiterzubehandeln und nicht vor den Völkerbund zu bringen, verlautet in memelländischen Kreisen, daß es den Memelländern nicht darauf ankomme, auf welche Art die verfassungsmäßigen Zustände im Memelgebiet hergestellt werden und so den litauischen Wahlmanipulationen ein Ende gemacht wird. Die Hauptsache sei für sie, daß überhaupt etwas geschieht, und zwar bald.

Die Wahl am 29. September wird nicht als verfassungsmäßig anerkannt werden, solange ein statutenwidriges Direktorium zusammen mit dem von ihm unter Ausschaltung der großen Mehrheit der Bevölkerung einseitig zusammengesetztes Wahlbüro die ganze Wahl leitet.

Die statutenwidrigen Einbürgerungen auf der einen Seite und die ungesetzmäßigen Wahlentziehungen auf der anderen Seite bestehen bleiben, solange aus Litauen zugezogene Personen sogar wählen dürfen, ohne daß ihre Namen in den Wählerlisten verzeichnet sind, und für Militär- und Polizeibeamte, die beliebig vermehrt werden, noch ein besonderes Wahlverfahren zugelassen wird und auch der Kriegszustand bestehen bleibt, der die freie Meinungsäußerung in einseitiger Weise unterdrückt. Jedenfalls ist mit der Antwort der litauischen Regierung auf den Schritt der Signatarmächte die Freiheit der bevorstehenden Wahl in Memel noch in keiner Weise geklärt.

Werden sich die Signatarmächte endlich auf ihre Verantwortung besinnen und dafür Sorge tragen, daß der durch das Vorgehen der litauischen Regierung geschaffene Gefahrenherd beseitigt und ein Zustand herbeigeführt wird, der die Gewähr für die freie und unbefugte Meinungsäußerung bietet, die ja allein Zweck und Sinn der Wahl überhaupt ist?

Memelländischer Protest gegen die litauischen Wahlmanöver.

Die Vertreter der Memelländischen Einheitsliste haben bei dem nur aus Litauern gebildeten Wahlausschuß scharfen Einspruch gegen die einseitige Zusammenfassung dieses Ausschusses sowie aller lokalen Stimmbezirksausschüsse eingelegt, wie aus einem vom „Memeler Dampfboot“ veröffentlichten Schreiben hervorgeht. Die Vertreter der Einheitsliste protestieren dagegen, daß sich in diesen Ausschüssen kein einziger Vertreter der hinter der Einheitsliste lebenden memellän-

dischen Parteien, die im letzten Landtag 24 von 29 Sitzen innegehabt haben, befindet. Sie verwahren sich ferner dagegen, daß der litauische Vorsitzende und ein Mitglied des Wahlausschusses gleichzeitig auch als Spitzenkandidaten auf litauischen Listen fungieren und damit gegen § 82, Punkt 1, des Landtagwahlgesetzes verstoßen, wonach ein und dieselbe Person nicht Richter über ihre eigenen Angelegenheiten sein kann. Schließlich äußern die Vertreter der Einheitsliste schwere Bedenken gegen die neue Wahlordnung und heben hervor, daß der litauische Vorsitzende des Wahlausschusses selber einem Vertreter der Einheitsliste habe zugeben müssen, daß bei einer Probeabstimmung nur 20 v. H. der an dieser Abstimmung beteiligten Personen ihr Wahlrecht richtig auszuüben vermöchten. Diese Tatsache allein spreche für die Unmöglichkeit einer geordneten Durchführung der kommenden Wahlen.

In seiner ebenfalls im „Memeler Dampfboot“ veröffentlichten Antwort geht der litauische Vorsitzende des Wahlausschusses auf die Forderung der Einheitsliste nach angemessener Beteiligung an den Wahl-

ausschüssen überhaupt nicht ein und bemüht sich, die vorgenommene Probeabstimmung als unerheblich hinzustellen.

Aus vorstehender Meldung ergibt sich, daß es sich bei den von amtlicher litauischer Seite verbreiteten Mitteilungen, der memelländischen Einheitsliste sei eine angemessene Anzahl Sitze in den Wahlausschüssen angeboten worden, die aber von der Einheitsliste abgelehnt worden seien, um eine erneute bewußte Irreführung der Öffentlichkeit, insbesondere auch der Signatarmächte handelt. Nicht weniger bedeutungsvoll ist die vom litauischen Vorsitzenden des Wahlausschusses zugegebene Tatsache, daß eine von litauischer Seite veranstaltete Probeabstimmung ergeben hat, daß nur 20 v. H. der an dieser Probeabstimmung Beteiligten ihr Wahlrecht auszuüben vermöchten. Der litauische Versuch, diese Probeabstimmung jetzt als unerheblich hinzustellen, ist grotesk, denn welcher Zweck könnte hier zugrunde liegen, wenn nicht der, die Durchführungsmöglichkeit des wirklichen Wahlganges — allerdings in bewußt negativem Sinne — zu erproben. Die Litauer haben also selbst den schlagenden Beweis für die Unmöglichkeit der Durchführung der Wahl unter dem eigens zum Zweck der Wahlverschälkung eingeführten neuen Wahlsystem erbracht.

Mussolinis Ablehnung der Genfer Vorschläge.

Mit Spannung sah man überall in der Welt der Entscheidung des italienischen Ministerrats entgegen, der am Wochenende zur Beratung der italienischen Antwort auf die Vorschläge des Fünferausschusses des Völkerbundesrat zusammengetreten war. Das Ergebnis der Sitzung des italienischen Ministerrats war, daß die Genfer Vorschläge abgelehnt wurden. Auch in Frankreich war der französische Ministerrat zur Beratung zusammengekommen, um erneut zu dem Abessinienkrieg Stellung zu nehmen.

Der französische Ministerpräsident und Außenminister Laval hatte vor der Sitzung des französischen Kabinetts eine scharfe und endgültige Linie gezogen durch ein unmißverständliches Telegramm an Mussolini, in dem er ihm klar und deutlich mitteilte, daß es nun endgültig an Italien sei, den Plan des Fünferausschusses in seiner jetzigen Form anzunehmen, und daß Frankreich nichts weiter für Italien tun könne, sondern von nun an ganz auf Großbritannien's Seite stehe.

Laval hatte vor Absendung des Telegramms in Genf eine längere Besprechung mit dem englischen Minister Eden, die als sehr befriedigend bezeichnet wurde.

Wie der Berichterstatter der englischen Zeitung „Daily Telegraph“ aus Addis Abeba berichtet, hat der Regus den Plan des Fünferausschusses angenommen unter der Voraussetzung, daß kein Land, in diesem Falle ist Italien gemeint, besondere und bevorzugte wirtschaftliche Konzessionen in Abessinien haben soll.

Der Beschluß des italienischen Ministerrats.

Der Beschluß des italienischen Ministerrats, der die Ablehnung der Vorschläge des Fünferausschusses ausdrückt, hat der amtlichen italienischen Mitteilung nach folgenden Wortlaut: „Der Ministerrat hat von den in dem Bericht des Fünferausschusses enthaltenen Vorschlägen Kenntnis genommen. Er hat sie zum Gegenstand einer aufmerksamen Prüfung gemacht. Bei aller Achtung des von dem Fünferausschuß unternommenen Versuches ist der Ministerrat zu dem Entschluß gekommen, diese Vorschläge als unannehmbar zu betrachten, da sie keine ausreichende Mindestgrundlage für etwaige Abmachungen bieten, mit denen endlich und in wirksamer Weise den lebenswichtigen Rechten und Interessen Italiens Rechnung getragen würde.“

Die amtliche Mitteilung über die zweifelhafte Sitzung des italienischen Ministerrates besagt weiter, daß der Ministerrat am Dienstag zu einer Sitzung einberufen ist, bei der die Entwicklung der politischen Lage weiter verfolgt und die noch auf der Tagesordnung stehenden Verwaltungsgeschäfte erledigt werden sollen.

„Kein vollkommener Bruch.“

Zu der Ablehnung der Vorschläge des Fünferausschusses des Völkerbundes durch den italienischen Ministerrat wurde im italienischen Auswärtigen Amt erklärt: „Die Entscheidung des Kabinetts stellt keinen vollkommeneren Bruch dar. Die Tür steht noch offen für weitere Vorschläge, die innerhalsb oder

außerhalb des Völkerbundes gemacht werden können. Baron Moisi steht dafür dem Völkerbundsrat zur Verfügung.“

In Genf wurde nach Bekanntwerden des Beschlusses des italienischen Ministerrats von Madariaga der Fünfer-Ausschuß des Völkerbundesrat einberufen. Nach einstündiger Sitzung verlagte sich der Ausschuß auf Montag; es wurde beschlossen, die offizielle Antwort der italienischen Regierung und etwa beigefügte Bemerkungen abzuwarten, um die genaue Tragweite der amtlichen Verlautbarung feststellen zu können.

Aber die Sitzung des französischen Kabinetts ist nichts weiter bekannt geworden, als daß der Präsident der Republik, Lebrun, zu Beginn der Sitzung den französischen Ministerpräsidenten für seine Tätigkeit in Genf beglückwünschte, worauf Laval einen ausführlichen Bericht erstattete. In der amtlichen Verlautbarung wurde lediglich hervorgehoben, daß der Bericht Lavals mehr als eine Stunde in Anspruch genommen habe. Man weiß jedoch nicht, ob die endgültige Haltung Frankreichs im italienisch-abessinischen Zwischenfall bei dieser Gelegenheit bereits festgelegt wurde.

Englische Mitteilung über die Flottenverstärkungen.

Das Londoner Auswärtige Amt gab folgende Verlautbarung heraus: „Der britische Votschafter in Rom besuchte am 20. September den Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Suwich, um im Namen der Königinlichen Regierung die Bewegungen der britischen Flotte und die Mannschafts- und Materialverstärkungen der britischen Garnisonen im Mittelmeer mitzuteilen. Er fügte hinzu, daß sie

nicht bezweckten, irgendeine aggressive Absicht von Seiten der englischen Regierung anzudeuten.“

Er erklärte, daß solche Maßnahmen als eine natürliche Folge des Einbruchs ergriffen worden seien, der durch die Festigkeit des von der italienischen Presse in den letzten Wochen durchgeführten Feldzuges gegen das englische Adnagreich geschaffen worden sei.

Suwich machte eine entsprechende Mitteilung und sagte, er sei berechtigt, dem Votschafter zu erklären, daß die militärischen Vorbereitungen Italiens im Mittelmeerraum von rein vorbeugender Natur seien und keine aggressiven Ziele verfolgten.“

Rückkehr aller englischen Minister nach London.

Das britische Kabinett wird in dieser Woche zusammentreten, um über die sich aus der Antwort Mussolinis ergebenden Maßnahmen endgültig zu entscheiden.

Ministerpräsident Baldwin kehrte am Sonntag von Chequers nach London zurück. Auch die übrigen Mitglieder des Kabinetts werden, soweit sie sich nicht als unmittelbar beteiligte Fachminister wegen des italienisch-abessinischen Streits ohnehin schon in den letzten Wochen in London aufgehalten haben, sämtlich am Montag in der englischen Hauptstadt eintreffen. Voraussichtlich wird